Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 35 (1945)
Heft: 42

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

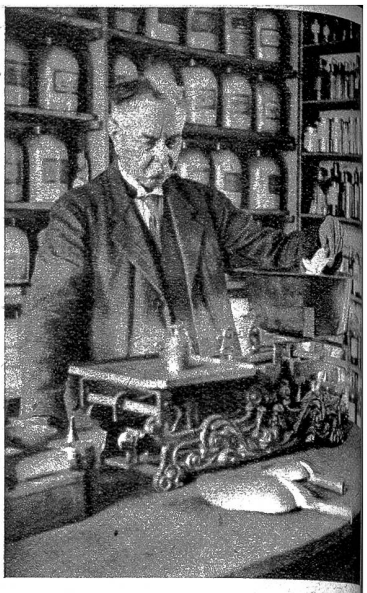
Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Links: Am Montag der vergangenen Woche begann in Freiburg vor Bundesstrafgericht der Prozess der 14 wegen Gewalt und Drohung gegen eidgenössische Beamte, Freiheitsberaubung, Landfriedensbruch und Körperverletzung angeklagten Einwohner von Bulle. Die Angeklagten vergingen sich am 23. November des vergangenen Jahres beim Volksauflauf gegen eidgenössische Inspektoren der Sektion Fleisch des KEA, die wegen dem dort florierenden Schwarzhandel einschreiten mussten. Eine Gruppe am Prozess Beteiligter begibt sich in den Grossratssaal. Eine Anzahl Männer tragen die Greyerzer Tracht (Ph. P.)



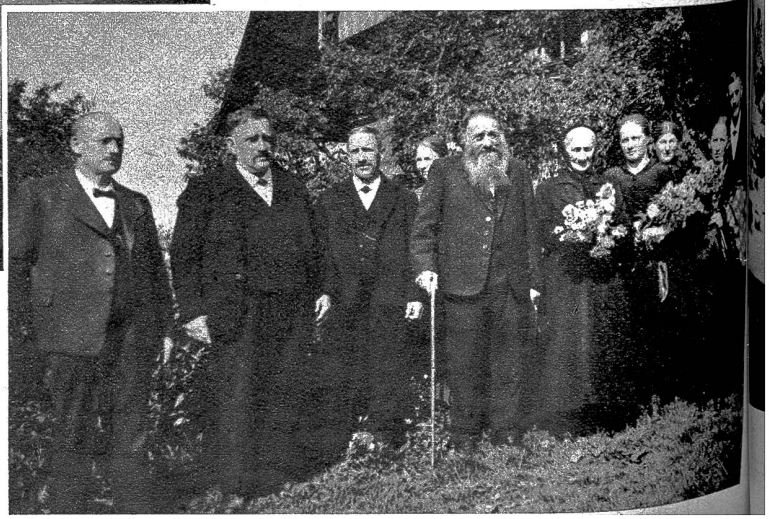
Im Alter von 85 Jahren ist in Oberried am Brienzersee der bekannte Pyrotechniker Fritz Hamberger gestorben. Er war der Gründer und Mitinhaber der bekannten Feuerwerksfabrik K. u. F. Hamberger, deren technische Leitung er bis an sein Lebensende innehatte (ATP)

Die amerikanischen Urlauber erweisen sich als grosse Kinderfreunde. So hat auch das 2jährige Gottenkind einer langjährigen Abonnentin unserer Zeitschrift, Hanneli Brechbühl aus Münsingen, so einen grossen Freund gefunden, der mit Schokolade amerikanischen Ursprungs sich rasch seine Sympathie erwarb

In einem sieben Vierachserwagen umfassenden Sonderzug ist eine Delegation des USA-Eisenbahndienstes in Europa zu einem kurzen Besuch in die Schweiz eingereist. Unser Bild zeigt (rechts) den Generaldirektor des USA-Eisenbahndienstes in Europa, General Gray im Gespräch mit dem Chef des Eidg. Kriegstransportamtes, E. Ballinari (ATP)

In Wil (St. Gallen) ist nach langem Unterbruch erstmals wieder der altüberlieferte Volksbrauch des „Stäckliträgs" zur Durchführung gekommen. Dabei trägt die Schuljugend an ihren Stecken die Gaben der Schützen zur Preisverteilung und erhält dafür als Belohnung etwas zum Knabbern (ATP)

Die Basler Feuerwehr ist hundert Jahre alt geworden. Dass sie sich aber trotzdem „jung" zu erhalten vermochte, bewies sie an der grossen Demonstration beim supponierten Grossbrand in der Kaserne, wobei sich sowohl die ständige Feuerwehr, wie auch eine alarmierte Einheit der Bezirksfeuerwehr zu bewähren hatte (ATP)



Rechts: In der letzten Nummer der „Berner Woche" haben wir von dem Ehepaar Samuel und Elisabeth Gerber-Egli berichtet, die das seltene Fest der Eisernen Hochzeit feierten. Unser Bild zeigt nun die rüstigen Eheleute und einige ihrer Kinder und Schwiegertöchter vor ihrem Heim „Obere Brach" bei Eggiwil. Im ganzen haben sie 139 direkte Nachkommen (Photo Haueter)

POLITISCHE RUNDSCHAU

Die Leute von Bulle

-an- Während *auf den 15. Oktober in der Schweiz die Rationierung von Tee, Kakao, Kaffee, «Nährmitteln», Kaffee-Extrakt, Ersatzkaffee, Kaffeezusatz sowie von Hirseprodukten aufgehoben* und die Ausgabe *von Frischbrot* wieder gestattet wird, spielt sich *in Freiburg der Prozess gegen die «Rebellen von Bulle» ab.* Kein Kriegswirtschaftsprozess, aber ein Strafgerichtsprozess, welcher sich aus einer ziemlich undurchsichtigen Revolte gegen die kriegswirtschaftliche Kontrolle herleitet. Das Drum und Dran der Verhandlungen ist in der Tagespresse ausführlich besprochen worden und kann dem, der nicht im Gerichtssaal zu Hause ist, leicht das «Drehen im Kopfe» bringen. Uns interessiert es weniger als eine bestimmte Beobachtung, welche sich einem aufdrängt: *Der «grosse Haufe» in Bulle fühlt sich absolut solidarisch mit den beschuldigten «Aufrührern»* und wendet sich mit instinktiver Leidenschaft gegen alle Belastungszeugen. Genau wie während der Revolte die Tumultstimmung um sich griff, greift auch jetzt, während des Prozesses, eine Stimmung um sich, die bereit ist, «Verrat» zu rufen, wenn ein Mitbürger die «Helden» belastet, die damals gegen die eidgenössischen Beamten agierten und tätlich wurden.

Am 18. Oktober soll das Urteil gesprochen werden. Das Bundesstrafgericht, welches nicht, wie es ein freiburgisches Gericht sein müsste, unter dem direkten Druck der öffentlichen Meinung im ganzen Greyerzerländchen steht, kann natürlich die tätlichen Buller nicht straflos ausgehen oder sich auf den sumpfigen Pfad verlocken lassen, welchen Verteidigung und «Volksstimmung» anraten: Auf die Feststellung individuellen Verschuldens zu verzichten und gewissermassen nur die Kollektivschuld einer erregten, psychologisch falsch behandelten Menge anzunehmen. Aber die Bundesstrafrichter werden um gewisse Feststellungen nicht herumkommen.

Sie werden als wahr annehmen müssen, dass das Volk, soweit es mehr den Druck als den Segen der Kriegswirtschaft empfand, diese leidige Kriegswirtschaft hasste. Sie werden sich davon Rechenschaft geben müssen, dass man schon bei der Organisation der Wirtschaft alle möglichen Konzessionen machte, um die Produzenten «bei gnädiger Stimmung» zu behalten: Siehe Brot- und Mehlzuteilung an die Bauern, siehe die sämtlichen Vergünstigungen an die Selbstversorger. Sie werden vor allem die im Welschland und im Tessin fast allgemeine *Ablehnung der Auffassung, als sei Schwarzhandel ein Delikt,* mit in Berechnung zu ziehen haben. Sie werden sich nicht über die Empörung hinwegsetzen können, die während der Verhandlungen aufstieg, als gesagt wurde, ein Schwarzhändler sei im Gefangenenwagen, «wie ein gemeiner Verbrecher», nach Freiburg transportiert worden, während einem Mörder die Ehre eines Autos zuteil wurde. Kurz und gut, sie werden erwägen müssen, dass die auf Besitz und bürgerliche Rechte stolzen Buller der Ansicht sind, in Empörung gegen ein Uebel gehandelt zu haben, und das Urteil wird nur so ausfallen dürfen, dass es sie überzeugt, das Uebel sei in jedem Fall notwendig und die Empörung darum unstatthaft gewesen.

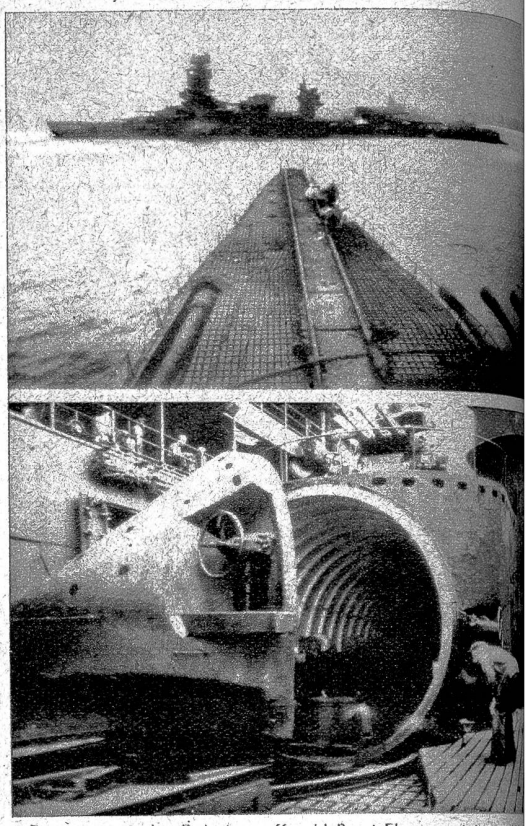
Streiks und Aufstände

Hirnloser Pessimismus wird in der *gewaltigen Streikwelle, die über USA und neuerdings auch England hinwegflutet,* eine Gefahr sehen, welche sich mit der *Aufstandswelle in bestimmten Kolonialgebieten* kombinieren und die Ordnung der Siegermächte — Russlands ausgenommen — über den Haufen werfen könnte. Es ist zudem von Leuten, die gern alles vereinfachen, vermutet worden, die «geheime III. Internationale» könnte ebensogut die *Dockerstreiks in England* wie den *Nationalistenaufstand auf Batavia* in Szene gesetzt haben. Und der Schluss, es handle sich bereits um die geheime Gegenaktion Moskaus, das die Widerstände Amerikas und Grossbritanniens zu brechen versuche, liegt nicht fern. Die Frage ist nur, ob hinter

Links: Die Stadt Nürnberg ist für den Kriegsverbrecherprozess gerüstet, ebenso die Anklage, welche sämtliche Dokumente und die 25 000 Worte umfassende Anklageschrift beisammen hat. Die Stadt selbst erinnert auf Schritt und Tritt daran, wie wahr Hitler seinen Ausspruch „Gebt mir fünf Jahre Zeit und ihr werdet Deutschland nicht mehr wiedererkennen" gemacht hat (ATP)

Rechts: Der Chef der provisorischen französischen Regierung, General de Gaulle, stattete Belgien einen offiziellen Staatsbesuch ab und wurde von der Bevölkerung Brüssels begeistert empfangen. Wir zeigen General de Gaulle an der Seite des belgischen Regenten, Prinz Charles, bei der Ehrenbezeugung am Grabe des unbekannten Soldaten (Ph. P.)

Der Kampf um den Reallohn nimmt nicht nur in Amerika, sondern neuerdings auch in England schärfere Formen an. Unser Bild zeigt eine Riesendemonstration, die dieser Tage von 60 000 Arbeitern des Wiederaufbaues im Hyde Park und in den Strassen Londons ausgelöst wurde und wobei beträchtliche Lohnerhöhungen gefordert wurden, dies, trotzdem die Labour-Party selbst am Ruder ist (ATP)



Eine japanische Geheimwaffe: U-Boot-Flugzeugträger. W die vielseitigste Marinewaffe dieses Krieges haben die Japa besessen, nämlich ein Riesen-Unterseeboot, das gleichzei Flugzeugträger war. Unser Bild zeigt oben die Katap Startbahn für die drei mitgeführten Flugzeuge, deren Flü abmontierbar sind und unten die „Hangars", in welche Flugzeuge beim Untertauchen des Unterseebootes eingeko selt werden (ATP)

Erstmals wieder seit neun Jahren hat der Herzog von Windsor wieder Heimatboden betreten, den er verliess, nachdem er als König Eduard VIII. abgedankt hatte, um Lady Stimson zu ehelichen. Unser Bild zeigt den Herzog von Windsor, der offenbar noch genau so populär ist wie seinerzeit, als er noch Prince of Wales war, mit Königinmutter Mary, die ihren Erstgeborenen auf Marlborough empfing (ATP)

solchen Kombinationen so etwas wie Tatsachen stehe — und wenn es nicht Tatsachen wären, ob sich solche im Laufe einer weitern Entwicklung herausbilden könnten...

Die amerikanischen Streiks, welche nun schon seit Wochen andauern, sind *jedenfalls unpolitisch,* auf jeden Fall nicht das, was man revolutionär nennt. Verlangt wird durchs Band weg die Vierzigstundenwoche und Lohnerhöhungen, die bis auf 30% steigen sollen, sind das Objekt der Verhandlungen zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Bundesregierung. Es geht also sehr «legal» zu. Seit Roosevelt die Gewerkschaften zu seinen wichtigsten politischen Verbündeten zählte, ohne dass es zwischen ihm und ihnen alles geklappt hätte, stehen ja die Dinge ganz anders als an jenen blutigen Anfängen der Arbeiterbewegung, wo die Schlachten zwischen Streikenden, Arbeitswilligen, Polizei und angeworbenen «Pinkertons» notorisch waren. Zudem hat der «New Deal» das Problem der Löhne vor der Oeffentlichkeit unter völlig neue Beleuchtung gestellt. Man rechnet und findet, jede Lohnerhöhung bilde zwar einen Faktor der Preissteigerung, jedoch auch der vermehrten Massenkaufkraft. Man stellt Vergleiche auf und schätzt ab, ob die 30% Lohnsteigerung — (die übrigens zum Ausgleich für die nach dem Kriege wegfallenden Ueberstundenentschädigungen verlangt wird) — eine ebenso hohe Preissteigerung, oder aber eine geringere, mit sich bringen werde. Sollte aber ein Unterschied herauskommen, wäre unter Umständen eine Reallohnerhöhung, mithin ein Mehrabsatz im eigenen Lande möglich. Und das ist es, was die Kreise um Roosevelt und nun auch um Truman als das Entscheidende ansehen. Die Reallohnerhöhung ist aber offensichtlich erreicht, wenn die Preise nur um etwa 7% steigen, wie von Regierungsseite ausgerechnet wurde.

Am letzten Samstag war die Regierung bereit, für eine 15—20prozentige Lohnsteigerung und eine Erhöhung der Preise in einem für die Allgemeinheit erträglichen Umfange einzustehen. Die Unternehmerverbände hatten das «Unmöglich» ausgesprochen, falls die Regierung pedantisch an den bisherigen Höchstpreisen festhalte. Es wurde weiter verhandelt und in erster Linie versucht, die Docker wieder an die Schiffe zu bringen, aber auch die Autofabriken der *Chrysler, Ford* und *General Motors* wieder in Gang zu setzen. Selbstverständlich wird vor einem bindenden Regierungsentscheid, dem nachher die Verbände zustimmen sollen, auch untersucht werden, ob der erhöhte Reallohn der Arbeiter nicht illusorisch gemacht wird durch die Einbussen aller andern Konsumenten, welche nun eben *auch* höhere Preise bezahlen müssen.

Im britischen Dockerstreik,

welcher den Ausladegang in den Häfen beinahe zu 100% lahmlegte und Ende letzter Woche auch auf die Eisenbahnen überzugreifen drohte, haben die Kommunisten gegen die Gewerkschaftsführer gearbeitet. Von der Regierung wurden Soldaten eingesetzt, um die Schiffsladungen zu löschen, in London allein 7000. Die Eisenbahnen mussten bereits Anordnungen treffen, um die Zufuhren nach den Häfen zu stoppen, weil der Export stockte und die überfüllten Lager nichts mehr aufzunehmen vermochten. England, das in seiner Versorgung auch heute noch nicht rosig dasteht, muss zuschauen, wie der grosse Streik die Zufuhren zum mindesten verspätet. 50 000 Tonnen Lebensmittel, darunter 15 000 Tonnen Fleisch und Speck, können nicht verteilt werden — vom Tee und vom Zucker abgesehen.

Es ist eine eigenartige Konstellation: Die Regierung hat keine Gewalt, einen Streik zu verbieten, wünscht ihn aber nicht. Sie hat keine Gewalt, die verlangten Lohnsteigerungen zu erzwingen, wünscht aber, dass sie bewilligt werden. Sie hat keine Gewalt, einen bindenden Schiedsspruch zu fällen, muss aber den Weg der Schlichtung mit allen möglichen Mitteln erzwingen. Die Gewerkschaften wollen womöglich den Streik verhindern, können es aber nicht, da die Docker einfach von selbst die Arbeit niederlegen, um die Konjunktur auszunützen. Die Docker ihrerseits geraten automatisch in die Stellung des «wilden Streiks», sobald sie über die Köpfe ihrer offiziellen Führung hinweg Forderungen erheben. Vor einigen Wochen hatte der *Labourminister Cripps*, der für den Handel verantwortlich sein soll, in einer öffentlichen Rede von der äussersten Notwendigkeit, hart zu arbeiten, gesprochen. Die Kohlenarbeiter, welche der Erfüllung ihrer alten Forderung, der Grubenverstaatlichung, zuversichtlich entgegen sehen, haben die Ermahnung von Cripps verstanden und verzichten auf Streiks. Sie sind dazu insofern in der Lage, als die Regierung heute schon die Löhne den wirtschaftlichen Möglichkeiten anpasst. Die verschiedene Lage der Docker und der Grubenarbeiter springt in die Augen, und die verschiedene Rolle, welche beide spielen, ebenso, aber auch die verschiedenen Möglichkeiten, welche der «Regierung der Gewerkschaften» (das ist ja die Labour-Regierung), im einen und im andern Falle zur Verfügung stehen.

Begreiflich ist, dass die Gewerkschaftsführung die Urheber des «wilden Streiks» bei den *Kommunisten* sucht. «*Organisationen, welchen die Mittel zur Verfügung stehen, zu den Streikbewegungen aufzuwiegeln, sie aufrechtzuerhalten und auszubreiten*», stellt das «*National Docks Group Committee*» fest. Die Kommunisten höhnen, die Docker hätten mit dem Nichtbefolgen der offiziellen Parolen bereits die Herren Sekretäre desavouiert. Man sieht, die alten Geschichten wiederholen sich. Wie zur Zeit der Volksfrontregierung in Frankreich erweist sich *die Ohnmacht der Regierung infolge der Tatsache, dass Lohnfragen private Angelegenheit der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände bleiben.*

Die Aufstandsbewegungen

in verschiedenen Teilen des europäischen Kolonialreiches, die gottseidank nicht allgemein zu werden scheinen, sind bis heute in keiner Weise in Beziehung zur Streikwelle in den «Mutterländern» zu bringen. Nach dem ersten Weltkriege war dies eine Weile der Fall. Damals, als in Moskau, im Schosse der *III. Internationale*, die Parolen für die Weltrevolution ausgegeben wurden und in fast jede gewerkschaftliche Bewegung der westlichen Länder hineinfunkten, gab es auch ein Komitee zur Revolutionierung der Kolonien, beschickt von Vertretern aus allen Zonen und von allen farbigen Völkern. Man durfte damals ruhig annehmen, dass jede Unruhe unter Negern oder Malaien, Hindus, Arabern oder Chinesen von Moskau aus beobachtet und womöglich geschürt werde. Die *Versprechungen Stalins während des Krieges*, sich nicht in die politischen Angelegenheiten der Verbündeten einzumischen, die Auflösung der III. Internationale, der offizielle Verzicht auf die Unterwühlung der Kolonien scheinen jetzt, nach dem zweiten Weltkrieg, eine Wiederholung der damaligen Vorgänge auszuschliessen.

Sollten aber doch schon wieder Anfänge einer ähnlichen Politik vorhanden sein? Ist in der erwähnten Formulierung des britischen Docker-Komitees so etwas wie ein Vorwurf an Moskau herauszulesen: «Organisationen, welche die Mittel besitzen, zum Streik aufzuhetzen . . .»? Dann müsste man folgerichtig bald auch von der «Hand Moskaus» hören, welche sich in den kolonialen Wirren bemerkbar mache. Und da auch in USA die Gewerkschaften nur mangelhaften Gehorsam geniessen, muss man aufmerksam zuhören, was die dortigen Führer feststellen. Die *Opposition gegen die Anerkennung der russischen Gewerkschaften, die ja alle staatlich dirigiert werden, ist gerade in USA nicht verstummt*, und am letzten internationalen Gewerkschaftskongress verweigerten die Amerikaner die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung mit den «freien» Verbänden der andern Staaten. Es ist nur logisch, dass die alte Beschuldigung, moskauhörige Kommunisten wühlten unter den Dockern, diesem echten Proletariat der grossen Hafenstädte, bald leiser, bald lauter wiederholt wird.

Bis heute hat jedoch niemand davon gehört, *dass auch der Führer der Rebellion auf Java, der Dr. Soeroka, ein moskauhöriger Intellektueller sei.* Er beherrscht heute fast die ganze Insel ausser Batavia, und seine Anhänger bedrängen an vielen Orten die belagerten holländischen Kolonisten. Aus seinem «Hauptquartier» ist die *Kriegserklärung an die «Holländer, Eurasier und Ambonesen»* ergangen, das heisst, an die frühern Herren der Kolonie, an alle Europäer, Asiaten und speziell an die hollandtreuen Bewohner der Insel *Ambon* in den Molukken, die der Königin Wilhelmina verlässliche Soldaten liefert. Mit allen modernen und uralten Waffen, Schlangen und Giftpfeile inbegriffen, sollen die Gegner ausgerottet werden. Die «Malaien» und die «Indonesier» (die holländisch-malaiischen Mischlinge), arbeiten sich denn auch in den Gebrauch der erbeuteten japanischen Tanks und Mgs ein und bereiten einen Krieg vor, der blutig genug verlaufen wird.

Im Zusammenhang
mit der Grossmächtepolitik

ergibt sich selbstverständlich die Schwächung der Mächte, die ihren frühern Kolonialbesitz neu aufrichten müssen, um so deutlicher, je umfänglicher diese Revolten werden. Und die Hauptbeteiligten, Grossbritannien und Frankreich mit den Niederlanden, geraten ins Hintertreffen gegenüber USA und den Russen. Washington und Moskau aber haben durchaus nicht das gleiche Interesse an der Befriedung all der Gefahrenherde. Die *Amerikaner*, welche «*exportieren, importieren, investieren*» wollen, müssen zwangsläufig eingreifen, sollte sich Europa zu schwach erweisen, die Probleme zu meistern. Und sie *werden* kräftig eingreifen — wenn sie das können und nicht etwa von eigenen politischen Wirren geschüttelt werden. Moskaus Interesse liegt eher in einer Verselbständigung der Kolonialgebiete. Nach dem Gesetz, dass man grösser wird, wenn der Rivale sich verkleinert, würde das russische Reich übermächtig, falls etwa England Indien verlöre — und USA die Vormundschaft über Mittel- und Südamerika einbüssen müsste.

Der *Umschwung im naziverdächtigen Argentinien*, wo die Militärs die Regierung *Farrell* gezwungen haben, ihre Gewalt in die Hände des Obersten Gerichtshofes zu legen und Neuwahlen zu versprechen, deutet an, dass man in Washington eifrig daran arbeitet, den letzten Herd einer USAfeindlichen Richtung zu beseitigen. Alles geht sehr verwirrlich zu: Farrell ist noch nicht gegangen, der Wahltermin steht noch nicht fest, aber die von aussen gestürzte demokratische Bewegung arbeitet sich zäh voran. *Dem britischen Druck* hat in entsprechender Form *der portugiesische Diktator Salazar* nachgeben müssen. Er entmachtet die politische Geheimpolizei und lässt sämtliche demokratischen Parteien wieder zu. Für *Franco* ist das ein Gewitterzeichen, und im Hinblick auf die europäische Gesamtentwicklung bedeutet es, dass allen «Links- oder Rechtsdiktaturen» der Wind aus gewissen Segeln genommen wird.

All das ist wichtig in bezug auf die Auseinandersetzung mit den Kolonien, die leichter zu befrieden sind, wenn ein konsolidiertes und freiheitliches Europa mit ihnen — in jedem Einzelfall — verhandeln wird: *Wilhelmina mit den Javanern, Frankreich mit den Annamiten*, die *Labourregierung mit Juden, Arabern, Hindu-Kongressleuten . . .*